

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name ZAK - Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern AöR
 Straße Kapiteltal 2
 Plz, Ort 67657, Kaiserslautern
 Telefon +49 63134117-1180
 Fax +49 63134117-7777
 E-Mail matthias.wolfger@zak-kl.de
 Internet www.zak-kl.de
 Kontaktstelle Stabsstelle Recht und Vergabe
 Zu Händen von Herrn Wolfger
 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE811673817

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer 2.079.981

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

- ohne elektronische Signatur (Textform)
- mit fortgeschrittener/m elektronischer/m Signatur/Siegel
- mit qualifizierter/m elektronischer/m Signatur/Siegel

d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

ZAK - Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern AöR, Kapiteltal 2, 67657 Kaiserslautern

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Demontage, Lieferung, Montage und Inbetriebnahme eines Zweiträger-Bunkerkrans 6,3 t x 8940 mm inkl. Zweischalengreifer, Elektrik und Automatiksteuerung für den 3-Schichtbetrieb im Biomasseheizkraftwerk. Gegenstand sind außerdem regelmäßige Instandhaltungsleistungen nach Abnahme des Krans für eine Dauer von drei Jahren.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- nein
 ja, Angebote sind möglich
- nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

- Beginn der Ausführung 01.02.2025
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 03.07.2029

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Mit der Planung des Rückbaus der bestehenden Krananlage und der Konstruktion/Vorbereitung der Lieferung der neuen Krananlage ist unverzüglich nach Auftragserteilung zu beginnen. Der im Rahmen der Angebotslegung vorgelegte Bauzeitenplan ist regelmäßig zu überprüfen und ggf. zu aktualisieren.

Sämtliche Rückbau-, Einbau- und Installationsarbeiten müssten vom AN aufgrund der Revisionszeiten des Biomasseheizkraftwerks in einem zusammenhängenden Zeitraum von max. 21 Kalendertagen in der Zeit vom 26.05.2026 bis zum 16.06.2026 durchgeführt und abgeschlossen werden.

Für die Inbetriebnahme stehen zusätzlich 14 Kalendertage zur Verfügung.

Die abnahmereife Fertigstellung der Leistungen des AN muss spätestens bis zum 03.07.2026 erfolgen.

j) Nebenangebote

- zugelassen
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
 nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen
 nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen

- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYJYB0T/documents>
 können angefordert werden unter:
 Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen
 Abgabe Verschwiegenheitserklärung
 andere Maßnahmen:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- nachgefordert
 teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:
 nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist am 04.12.2024 um 10:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 31.01.2025

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYJYB0T>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: DE

r) Zuschlagskriterien

- siehe Vergabeunterlagen
 nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
- | Kriterium | Gewichtung |
|---------------------|------------|
| Wertungspreis | 50 |
| Technische Wertung | 40 |
| Zahlungsmodalitäten | 10 |

s) Eröffnungstermin am 04.12.2024 um 10:00 Uhr

Ort

Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern
 Kapittelal
 67657 Kaiserslautern

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

Bieter dürfen nicht anwesend sein. Alle Bieter erhalten unverzüglich nach Öffnung die in § 14 Abs. 3 lit. a bis d VOB/A genannten Informationen elektronisch zur Verfügung. Den Bietern und ihren Bevollmächtigten wird auf Antrag Einsicht in die Niederschrift und ihre Nachträge gewährt.

t) geforderte Sicherheiten

Es ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheitsleistung für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Abrechnungssumme (inkl. Umsatzsteuer). Stellt der AN die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragschreibens) weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der AG berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden. Der AN kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten ersetzen. Für vereinbarte Vorauszahlungen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B) ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten. Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweilige Formular des Auftraggebers zu verwenden. Die entsprechenden Formulare sind den Besonderen Vertragsbedingungen als Anlage beigelegt und Bestandteil der Vergabeunterlagen.

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach prüffähiger Rechnungsstellung.

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**w) Beurteilung der Eignung**

Es sind mit Angebotsabgabe folgende Nachweise, Angaben und Erklärungen, ggf. mit amtlich anerkannter Übersetzung vorzulegen:

- Angaben über den Umsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit es Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen (Formblatt 124);
- Angaben über die Ausführung von Leistungen in den letzten fünf Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (Referenzangaben) unter Angabe des Auftraggebers, der durchgeführten Leistungen, des Leistungsumfanges und des Zeitraumes sowie Beifügung einer Auftraggeberbestätigung nebst Angabe eines Ansprechpartners für jede Referenz. Es sind mindestens fünf vergleichbare Referenzen beizufügen, bei denen es sich bei mindestens zwei Referenzen um eine vollautomatische Kransteuerung bei gleichzeitiger Umschichtung und Beschickung des Materials handelt und mit Hubwerkswinde gearbeitet wurde (Formblatt 124);
- Eigenerklärung des Bieters, spätestens mit Beginn der Ausführungsplanung eine Betriebshaftpflichtversicherung sowie eine Bauleistungs- und Montageversicherung vorzuhalten. Die Betriebshaftpflichtversicherung hat bei dem Einsatz von Unterauftragnehmern auch Ansprüche aus Auswahlverschulden zu decken und eine Deckungssumme i. H. v. mindestens 10 Mio. EUR pauschal je Schadenfall für Personen-, Sach- und mitversicherte Vermögensschäden sowie für Risiken nach dem Umwelthaftungsgesetz (Anlagen, Rest- und Regressrisiko) und Umweltschadengesetz, jeweils zweifach maximiert pro Versicherungsjahr, unter Einschluss von Sachfolgeschäden an anderen Einrichtungen/ vorhandenen Anlagen aufzuweisen. Die Versicherung ist bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist aufrecht zu erhalten und hat auch die Deckung von Objekt- und Vermögensschäden aus Planungsfehlern zu umfassen. Die Bauleistungs- und Montageversicherung (ABU) ist für unvorhersehbare Schäden an den Bauleistungen und Baustoffen, einschließlich Schäden durch Brand, Blitzschlag und Explosion in Höhe von 95 % des Netto-Auftragswertes abzuschließen. Die Versicherung ist bis zur erfolgreichen Abnahme aufrechtzuerhalten. Vom Versicherungsschutz müssen auch unvorhergesehene Verluste, Schäden oder Störungen auf der Baustelle, Einrichtungen, Material, bewegliche Ausrüstungsgegenstände, gleichgültig ob sie dem AN, dem AG oder Dritten gehören, umfasst sein (Formblatt 124);
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister des Unternehmenssitzes oder Wohnsitzes (Formblatt 124);
- Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (Formblatt 124);
- Eigenerklärung des Unternehmens, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen (Formblatt 124);
- Eigenerklärung zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge der gesetzlichen Sozialversicherung, soweit der Bieter der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt (Formblatt 124);
- Angaben zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft (Formblatt 124);
- Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023;
- ggf. Abgabe einer Erklärung der Bietergemeinschaft nach Maßgabe der Vergabeunterlagen (Formblatt 234);
- ggf. Angabe, welche Teile des Auftrags der Unternehmer unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (Formblatt 233). Grundsätzlich genügt dabei die Angabe der Leistungsbereiche, in denen der Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist;
- ggf. Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Fähigkeiten (Mittel/ Kapazitäten) anderer Unternehmen bedienen wird (Formblatt 235) und Verpflichtungserklärung der

entsprechenden Unternehmen, dass die Mittel/Kapazitäten auch tatsächlich bei Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen (Formblatt 236);

Folgende Nachweise/Angaben/Unterlagen für die Beurteilung der Eignung des Bieters sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- Vorlage der vom Bieter geforderten Nachweise, Angaben und Erklärungen auch vom Unterauftragnehmer;
- Nachweise statt Eigenerklärungen nach Maßgabe von § 6b Abs. 2 Satz 2 VOB/A;

Hinweis: Es wird auf die Eignungsvermutung gem. § 6b Abs. 1 Nr. 1 VOB/A hingewiesen, sofern der Bieter in einem amtlichen Verzeichnis eingetragen ist oder über eine Zertifizierung verfügt, die jeweils den Anforderungen des Art. 64 der Richtlinie 2014/24/EU genügt. Hierfür hat der Bieter die Zertifikatsnummer des amtlichen Verzeichnisses präqualifizierter Unternehmen anzugeben. Ein Verweis auf die Präqualifikation ist nur insoweit ausreichend, als die geforderten Angaben und Nachweise sowohl formell als auch inhaltlich Gegenstand des Präqualifikationsverfahrens waren. Die Vergabestelle akzeptiert als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE). Die Angabe eines sog. Globalvermerks, wonach der Bieter pauschal erklärt, alle festgelegten Eignungskriterien zu erfüllen (ohne weitere Angaben zu einzelnen Kriterien), ist nicht ausreichend. Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle bei Präqualifizierung oder der Übermittlung einer EEE den Bieter jederzeit während des Verfahrens auffordern kann, sämtliche oder einen Teil der geforderten Unterlagen beizubringen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.

x) **Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabeprüfstelle -
Straße	Stiftstraße 9
Plz, Ort	55116, Mainz
Telefon	+49 6131 16-2546
Fax	
E-Mail	vergabepriefstelle@mwwlw.rlp.de
Internet	

Sonstiges

Folgende sonstigen Nachweise/Erklärungen/Unterlagen sind mit dem Angebotsschreiben einzureichen:

- Leistungsbeschreibung nebst Leistungsverzeichnis mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen;
- ggf. Formblatt Ersatzteilverfügbarkeit;
- Detailbeschreibung der technischen Ausrüstung des angebotenen Krans, Maßnahmen des Unternehmens zur Qualitätssicherung, insbesondere zur Einhaltung der technischen Nutzungsdauer, der wesentlichen Einzelkomponenten nebst Herstellerangaben und Angaben zum eingesetzten Personal (Formblatt technisches Datenblatt);
- Leistungsdiagramm zur Sicherstellung, dass die geforderten Lastzyklen für die Beaufschlagung und Umverteilung des Brennmaterials eingehalten sind;
- Bauzeitenplan (Darstellung aller wesentlichen Meilensteine zur Sicherstellung der Abnahme bis spätestens 03.07.2026)
- Erklärung nach § 4 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz Rheinland-Pfalz - LTTG);
- Fremdfirmenerklärung

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle:

- Vorlage der Urkalkulation in einem verschlossenen Umschlag nach Maßgabe der Besonderen Vertragsbedingungen (Formblatt 214)

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle gemäß § 16a VOB/A fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben und Nachweise bis zum Ablauf einer im Einzelfall zu bestimmenden, angemessenen Frist nachfordert. Die Möglichkeit der Nachforderung steht im Ermessen der Vergabestelle. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht grundsätzlich nicht.

Bekanntmachungs-ID:

CXP6YYJYB0T